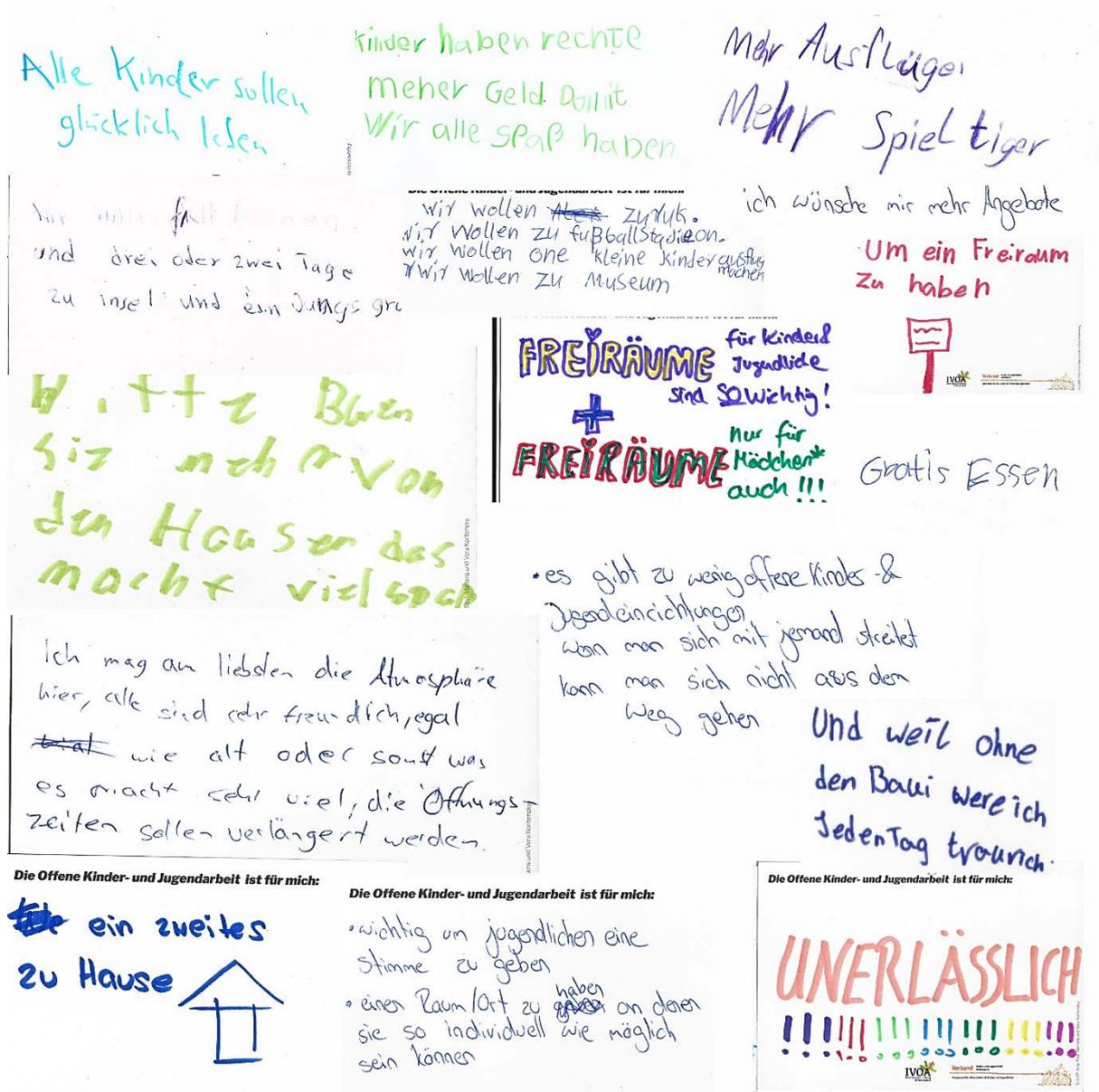




## Wahlprüfsteine für die Wahlen 2025

Im Rahmen der Aktion *Tag der OKJA* gab es eine Postkartenaktion, an der sich an die 400 junge Menschen und ihre Familien beteiligt haben. Hier eine kleine Auswahl an Themen, die junge Menschen bewegen und sichtbar machen, welche Interessen, Bedürfnisse und Forderungen diese haben:



Beiträge der Postkartenaktion 2024 VKJH/IVOA

Aufwachsen ist aktuell geprägt durch Kriege, Faschismus, Antifeminismus, Rassismus, Klimawandel, soziale Ungleichheit und neoliberalen Leistungs- und Anpassungszwang. Junge Menschen äußern Angst vor Krieg, rassistischer Gewalt, Terror, Armut, Wohnungslosigkeit, Hunger, Leistungsdruck und Einsamkeit bzw. sind bereits davon betroffen; sowohl die Shell-Studie als auch die Copsy-Studie legen diese Bedingungen ausgiebig dar und belegen, welche Folgen diese auf das Aufwachsen und die



*Gesundheit von jungen Menschen haben. Auch Schutzfaktoren werden benannt, wie zum Beispiel gemeinsame Zeit mit der Familie, soziale Unterstützung, sozioökonomische Sicherheit, Bildung und sozialer Zusammenhalt. Junge Menschen sind politikinteressierter denn je und engagieren sich. Sie vertrauen auf den Wert der Demokratie, zugleich misstrauen sie Parteien und der Regierung. Junge Menschen fühlen sich nämlich aus der politischen Praxis ausgeschlossen und in ihren Interessen und Bedürfnissen nicht gehört. Dadurch haben rechte und faschistische Ideologien leichtes Spiel, bei den jungen Menschen Anklang zu finden – insbesondere bei männlichen. Junge Menschen wollen ernst genommen werden und aktiv an Lösungen für die drängenden Probleme mitwirken. Politik ist daher gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen für echte Mitbestimmung zu schaffen, die in den Studien genannten existenziellen Fragen ernst zu nehmen und insgesamt gute Lebensbedingungen für junge Menschen zu schaffen.*

Offene Kinder- und Jugendarbeit, Familienförderung, Jugendsozial- und Straßensozialarbeit sowie die Jugendverbandsarbeit sind Orte, an denen junge Menschen ernstgenommen, beteiligt, unterstützt, gestärkt und anerkannt werden. Und zwar ausnahmslos alle jungen Menschen! Sie werden in ihrer Selbstwirksamkeit und Demokratiepraxis gestärkt und bekommen Raum. Raum, der ihnen in der Öffentlichkeit viel zu wenig gegeben wird – wenn sie sich diesen nehmen oder von ihrem Recht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch machen, werden sie oft kriminalisiert und ordnungspolitisch diszipliniert. Viele UN-Kinderrechte werden nicht oder nur teilweise verwirklicht, insbesondere das Recht auf Nichtdiskriminierung (Art. 2 KRK), das Recht auf angemessene Lebensbedingungen (Art. 27 KRK), das Recht auf Schutz der Privatsphäre und Ehre (Art. 16 KRK), das Recht auf Anerkennung des besonderen Bedarfs geflüchteter Kinder und Jugendlicher (Art. 22 KRK), das Recht auf Familienzusammenführung (Art. 10 KRK), das Recht auf Gesundheitsvorsorge (Art. 24 KRK), das Recht auf Soziale Sicherheit (Art. 26 KRK) sowie das Recht auf Bildung (Art. 28 KRK).

**Wir fordern hiermit alle jugendpolitischen Sprecher\*innen der demokratischen Hamburger Bürgerschaftsfraktionen auf, sich zu folgenden Fragen und Themen zu positionieren<sup>1</sup>:**

1. In Hamburg fehlen infrastrukturell verankerte **Schutzräume vor Marginalisierung und Diskriminierung**. Diese Schutzräume sollten niedrigschwellig und anonym in den Sozialräumen zur Verfügung stehen. Einrichtungen, die im Stadtteil fest zur Infrastruktur gehören sind auszubauen. **Was tun Sie konkret, um solche Räume für junge Menschen und ihre Familien flächendeckend zu entwickeln? Wo sehen Sie Schwerpunkte für den Ausbau einer sozialen Infrastruktur? Welche Rolle spielen dabei Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Familienförderung, Jugendsozialarbeit, Straßensozialarbeit?**
2. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist eine der wenigen institutionell gerahmten Orte für junge Menschen, Demokratie konkret zu praktizieren. Dies passiert weder in der Schule noch in den Sphären des Konsums oder der Familie (vgl. Sturzenhecker & Schwerthelm 2016, 198). Rechte Ideologien verunsichern junge Menschen und ihre Familien und tragen mit ihren vereinfachenden Parolen und scheinbaren Lösungsansätzen zur gesellschaftlichen Spaltung bei und sind demokratiegefährdend. Junge Menschen, die sich demokratisch engagieren, werden angegriffen, Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bedroht. **Wie wollen Sie die dort stattfindende demokratiefördernde und antifaschistische Arbeit unterstützen?**

---

<sup>1</sup> Die AfD adressieren wir mit dieser Aufforderung explizit nicht, da diese sich in ihren Veröffentlichungen gegen die Interessen und Bedürfnisse aller jungen Menschen stellt und für diese eine Bedrohung darstellt – genauso wie für das Arbeitsfeld und andere demokratische, antifaschistische Institutionen.



3. **Die Offene Kinder- und Jugendarbeit stellt vielfältige Potenziale für Partizipationsgelegenheiten und -erfahrungen für junge Menschen bereit**, wie mehrere Studien belegen (u.a. Rauschenbach, Gunda Voigts, 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung). Hinzu kommt, dass das Arbeitsfeld darüber hinaus Erfahrungen zum Aufbau von Selbstvertretungen hat, wie sie mit dem neuen Paragraphen 4a SGB VIII zusätzlich gefördert werden sollen. Echte Partizipation ist Ermächtigung junger Menschen und verbunden mit Abgabe von Macht der Erwachsenen. Das braucht Zeit- und Personalressourcen. Eine Projektförderung von Offener Kinder- und Jugendarbeit, die kennziffern- und zielzahlenbasiert arbeitet und die Ausarbeitung detaillierter Konzepte und Verwendungsnachweise forciert, erschwert zudem die Abgabe wirkmächtiger Entscheidungen an junge Menschen. **Welche Ressourcen planen Sie für die Unterstützung von Selbstvertretungen und Selbstorganisationen? Wo sehen Sie Entwicklungsbedarfe in Bezug auf Machtübergabe und Entscheidungsbefugnisse junger Menschen zum Beispiel auf bezirklicher oder hamburgweiter Ebene? Was braucht es, damit junge Menschen partizipieren und sich sowie ihre Interessen selbst vertreten können?**
4. Der **Fachkräftemangel** ist besonders hoch in den Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist im Vergleich zum Bereich der Hilfen zur Erziehung und zur Kita in Bezug auf Personal-, Finanz- und Trägerstrukturen benachteiligt, Fachkräfte zu akquirieren und zu binden (vgl. Gunda Voigts, 2024). **Wie werden Sie das Arbeitsfeld darin unterstützen, dem Fachkräftemangel etwas entgegenzusetzen? Wie können Sie die Offene Arbeit in besonderer Weise stärken, damit diese nicht noch weiter im Sozialen Arbeitsfeld marginalisiert wird?**
5. Laut § 79 Abs. 2 SGB VIII ist ein **angemessener Anteil der Gesamtaufwendungen der Jugendhilfe für die Jugendarbeit zu verwenden**, die Sachverständigenkommission der Bundesregierung des 11. Kinder- und Jugendberichts hält einen Anteil von mindestens 15% für fachlich angezeigt. Dieser Forderung wird jedoch bei der Haushaltsaufstellung durch die Hamburgische Bürgerschaft nicht entsprochen. In Hamburg lag der Anteil der Kinder- und Jugendarbeit im Jahr 2022 bei 2,3%<sup>2</sup>? **Halten Sie die Forderungen der o.g. Sachverständigenkommission für richtig? Wenn ja, wie wollen Sie sich in Ihrer Fraktion für eine Umsetzung einsetzen?**
6. Wir beobachten eine **ordnungspolitische, disziplinierende Entwicklung in der Jugendhilfe**: Inobhutnahmen steigen, junge Menschen werden kriminalisiert und pathologisiert. Sie finden zudem in Hamburg zu wenige Angebote – sowohl im Bereich der Offenen Arbeit als auch im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Angebote der Jugendhilfe – insbesondere, wenn es um Lebensorte junger Menschen geht – sind zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Zumindest dort, wo „der Markt“ passende Angebote nicht vorhält, muss die Stadt selbst gute sozialräumliche Einrichtungen schaffen, um nicht weiter auf die in Hamburg nach wie vor verbreitete lebensweltferne auswärtige Unterbringung angewiesen zu sein. Es braucht unserer Auffassung nach einen Ausbau der Jugendhilfe außerhalb von Marktmechanismen, um wirklich entlang der Interessen und Bedürfnisse zur Verfügung zu stehen und junge Menschen nicht als Profiteurer zu objektivieren, sondern als zu handelnde und entscheidungsfähige Subjekte zu achten. **Was halten Sie von einer sozialräumlich**

---

<sup>2</sup> Eigene Berechnung nach Angaben von Statistikamt Nord und Hamburger Bürgerschaft zu Haushaltsausgaben



## **verorteten Jugendhilfe im Trägerverbund, selbstverwalteten Sozialraumbudgets oder aber Re-Kommunalisierungen? Was tun Sie dafür?**

Die Herausforderungen, vor denen junge Menschen in Hamburg stehen, sind vielschichtig und dringend. Der politische Blick auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Sinne der reinen Defizitorientierung und Problematisierung muss unverzüglich geändert werden. Politiker\*innen sind aufgefordert, sich mit diesen Themen und den Lebensrealitäten auseinanderzusetzen und ein unterstützendes Umfeld zu schaffen, das junge Menschen stärkt.

**Die Zeit für Maßnahmen ist jetzt, und es ist entscheidend, die Stimmen und Bedürfnisse der jungen Menschen bei der Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft zu priorisieren.**